

SVP-Werber freigesprochen

Schwelle zur Volksverhetzung gerade noch nicht überschritten

Von Petra Stüeber

Graz. In erster Instanz ist die Angelegenheit für Alexander Segert noch einmal gut ausgefallen: Der aus Hamburg stammende Schweizer Werbefachmann wurde gestern am Straflandesgericht Graz von dem Vorwurf der Verhetzung freigesprochen. Mit Segert bekam auch der Chef der rechtsnationalen FPÖ Steiermark, Gerhard Kurzmann, einen Freispruch. Aufatmen können die beiden freilich nur vorläufig: Noch im Gerichtssaal hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt – das Verfahren geht damit in die nächste Runde.

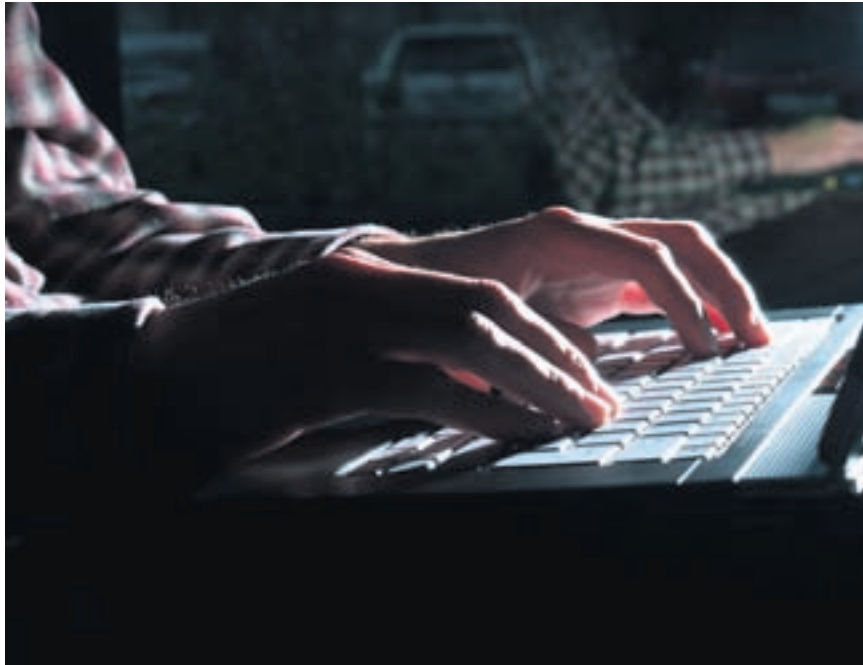
Stein des Anstosses war das «Moschee-baba-Spiel», mit dem die FPÖ im Landtagswahlkampf 2010 zu punkten suchte. Darin sollten hochwachsende Minarette und darauf spazierende Muzzine weggeklickt werden.

Besagtes Spiel hatte Segert aus einem bereits in der Schweiz bekannten Online-Spiel namens «Minarett Attack» weiterentwickelt. Da es darum «kaum Aufregung» gegeben habe, sei er nun «aus allen Wolken gefallen». Man habe nur auf Anas Schakfeh, den Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, reagieren wollen, der sich für jede Landeshauptstadt eine Moschee wünschte. Das hatte der FPÖ gut in ihr Anti-Islam-Wahlkonzept gepasst.

Der Richter betonte in seiner Erklärung, dass das beanstandete Internet-Spiel «die Schwelle zur Verhetzung gerade nicht» überschreite, da es zwei Interpretationsweisen zulasse. Im Zweifel habe er daher für die Angeklagten entschieden. Diese zeigten sich erleichtert, die FPÖ will das im September 2010 gerichtlich beschlagnahmte Spiel trotz des Freispruchs nicht mehr online stellen.

Bund spricht von Einzelfällen

Trojaner soll nur für Skype-Überwachung gebraucht worden sein



Spionage. In vier Fällen wurden die Rechner von Verdächtigen observiert. Foto Key

Von Markus Prazeller, Bern

Die Anzeichen verdichten sich: Beim Computerprogramm, mit dem der Bund mehrere Rechner von Verdächtigen ausspioniert hat, handelt es sich offenbar um ein Produkt der Firma Digitask. Das war gestern aus Verwaltungskreisen zu erfahren. Offiziell wollte das zuständige Justizdepartement (EJPD) diese Information gestern nicht bestätigen.

Der deutsche Softwareentwickler Digitask geriet in die Schlagzeilen, weil er die deutschen Strafverfolgungsbehörden mit einem Programm beliefert hatte, mit dem sich fremde Computer ausspionieren lassen. Erlaubt ist in Deutschland nur die Überwachung des

Fernmeldeverkehrs im Internet, etwa mit dem Telefonie-Dienst Skype. Der «Bundestrojaner» kann aber auch andere Daten von der Festplatte kopieren und sogar auf Kamera und Mikrofon eines Computers zugreifen. Mindestens in einem Fall sollen so auch Informationen erhoben worden sein, die nicht hätten erworben werden dürfen.

Nur zur Terrorismusbekämpfung

In der Schweiz will man von einem solch umfassenden Spionageprogramm nichts wissen. Insgesamt habe das Bundeskriminalamt in vier Fällen ein Computersystem von Verdächtigen observiert, lässt das EJPD verlauten. Angeordnet habe die Überwachung die Bun-

desanwaltschaft. Auch die Oberstaatsanwaltschaft Zürich gibt auf Anfrage der BaZ zu, im Jahr 2007 auf dem Rechner eines Drogendealers eine Computervanze installiert zu haben. Die Behörden betonen, dass sich der Einsatz darauf beschränkt habe, nur die Internetkommunikation, konkret: Skype-Telefonate, zu überwachen. «Die Software dafür hatten und haben die Strafverfolgungsbehörden nicht», sagt EJPD-Sprecher Guido Balmer.

Balmer betont, dass es um gravierende Vorwürfe gegangen sei. Ermittelt wurde laut EJPD in allen Fällen wegen des Tatbestands der kriminellen Organisation und der Terrorismusfinanzierung. Die Trojaner seien vor Inkrafttreten der Strafprozessordnung im Januar eingesetzt worden. Im Gegensatz zum neuen Gesetz, das den Einsatz von sogenannter Spyware nicht explizit vorsieht, sei der Einsatz nach altem Recht als unproblematisch beurteilt worden.

So gross heute die Empörung über das Spionageprogramm ist, neu ist das Thema nicht: Bereits 2009 berichteten die Medien von der Absicht der Behörden, mittels Trojanern auf Verbrecherjagd zu gehen. Der Bund hatte damals sogar eine Schwyzer Firma beauftragt, ein Pilotprogramm zu entwickeln. Über Einsatzmöglichkeiten hüllten sich die Behörden in Schweigen.

Mit dem Staatstrojaner beschäftigt hatte sich gestern auch die Rechtskommission des Nationalrats. Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL) verlangte vom Bund, auf den Einsatz des Trojaners zu verzichten, bis die rechtliche Zulässigkeit der Software einwandfrei geklärt ist. Die Kommission beschäftigt sich an ihrer Novembersitzung mit dem Antrag.

Nachrichten

Höhere Mietzinsmaxima für Ergänzungsleistung

Bern. Der maximale Mietzins, der zur Berechnung der Ergänzungsleistungen berücksichtigt werden darf, soll erhöht werden. Dies beschloss die Sozialkommission des Nationalrats mit 22 zu 0 Stimmen. Damit wurde teilweise eine Forderung aus einer baselstädtischen Ständesinitiative aufgenommen. Zurzeit betragen die anrechenbaren Mietzinsmaxima für Alleinstehende 13200 Franken pro Jahr. Für Ehepaare liegen sie bei 15000 Franken jährlich. Diese Werte wurden letztmals im Jahr 2001 angehoben. SDA

Nationalrat soll bei Nein zur Bonussteuer bleiben

Bern. Die Rechtskommission des Nationalrates empfiehlt ihrem Rat, beim Nein zur Bonussteuer zu bleiben: Der Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative soll nach ihrem Willen nicht mit speziellen Bestimmungen für hohe Boni angereichert werden. Dies hat die Kommission mit 13 zu 13 Stimmen und Stichtentscheid des Vizepräsidenten Yves Nidegger (SVP, GE) entschieden. SDA

Aegis Defence begrüsst Verbot von Söldnerarmee

Bern/London. Das britische Sicherheitsunternehmen Aegis Defence begrüsst die Gesetzesvorlage des Bundesrates zum Verbot von Söldnerarmeen. Die Branche sei froh über das wachsende Interesse der Gesetzgeber, sagte Aegis-Sprecherin Sara Pearson auf Anfrage der BaZ. Nicht äussern wollte sie sich dazu, was der Entscheid des Bundesrates für den Holding-Sitz in Basel bedeute. Aegis werde sich, soweit nötig, an der Vernehmlassung beteiligen. pra

Proteste gegen Banken – heute in der Schweiz

In Zürich und Basel kommt es zu Demonstrationen

Von Erik Ebnetter

Zürich. Was an der New Yorker Wall Street seinen Anfang nahm, erreicht heute den Zürcher Paradeplatz. Bankenkritiker versammeln sich, um gegen ein System zu protestieren, das die Reichen «immer reicher und uns anderen immer ärmer macht», wie es im Internet heisst. Wie viele Personen dem Aufruf folgen werden, ist unklar. «Es könnten ein paar Hundert sein, aber auch über Tausend», sagt Mario Cortesi, Sprecher der Zürcher Stadtpolizei. Bis gestern Abend hatten rund 1500 Personen auf Facebook ihr Kommen angekündigt, doch das allein bedeutet nicht viel. Ein Mausklick ist schnell gemacht.

Die Demonstration startet um 10 Uhr, mittags soll dann in einer Vollversammlung entschieden werden, ob man gemeinsam irgendwo übernachten wird. Vorbild sind die Demonstranten in New York, die im Zuccotti-Park, nahe der Wall Street, kampieren. Ob die Polizei ein solches Massenlager in Zürich dulden würde, ist ungewiss. «Das ist eine Frage der Taktik, darüber geben wir keine Auskunft», sagt Cortesi.

Hinter der Aktion steht nicht eine einzelne Gruppe, sondern ein loses Bündnis von Aktivisten. Manche von ih-

nen gehören zur umstrittenen Gruppe «We are Change». Deren Ansichten zu Judentum und Israel bezeichnet der Schweizerische Israelitische Gemeindebund als «höchst problematisch».

Parteilpolitik ist an der Demonstration explizit unerwünscht, dennoch unterstützen die Jungen Grünen und die Jusos den Anlass. Die Mutterparteien äussern ebenfalls Sympathien, halten sich aber zurück. Es könnte zu Ausschreitungen kommen, weshalb es kurz vor den Wahlen unklug wäre, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen.

39 Stunden vor der BIZ

Basel. Auch vor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel wird heute eine Demonstration stattfinden. Dazu aufgerufen wurde über Facebook. Die Kundgebung soll von 14 Uhr bis Montagmorgen um 5 Uhr stattfinden. Eine Bewilligung wurde nicht eingeholt, sagte die Basler Polizei auf Anfrage. Sarah Wyss, Präsidentin der Juso-Basel, vermutet, dass sich etwa 200 Leute vor der BIZ einfinden werden. Wie sie der BaZ gegenüber sagte, werde sie zunächst an der Kundgebung auf dem Paradeplatz in Zürich einen Augenschein nehmen und darauf nach Basel zur BIZ kommen. fff

Auch Frauen sollen bis 65 arbeiten

Nationalratskommission will Rentenalter für Frauen erhöhen

Bern. Die Sozialkommission des Nationalrats will das Rentenalter für Frauen auf 65 Jahre erhöhen. Mit 13 zu 11 Stimmen hat sie einer parlamentarischen Initiative der FDP zugestimmt und die Schwesterkommission des Ständerats mit der Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt.

Mit der Anhebung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre sollen jährlich 800 Millionen Franken gespart werden. Mit diesem Geld soll die AHV ihre Finanzierungsbasis verbessern. Es soll «unter keinen Umständen für kom-

pensatorische Zwecke verwendet werden», wie es in dem Initiativtext heisst. Gemeint ist damit, dass das Geld beispielsweise nicht zur Finanzierung von Frühpensionierungen für sozial Schwächere eingesetzt werden darf.

Wie die Parlamentsdienste mitteilen, ist die Mehrheit beider Kommissionen der Ansicht, dass die Gleichstellung von Mann und Frau auch zu einer Gleichbehandlung beim Rentenalter führen muss. Kritisiert wird das höhere Rentenalter vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. SDA

ANZEIGE

LIEBE | KRAFT



BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Davos Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | bucherer.com